

Steuergerechtigkeit: Rot-Grün unglaublich

Liberale gegen Steuererhöhungen

Der nordrhein-westfälische Finanzminister verfügt über so viel Geld wie nie – die Steuerquellen sprudeln. Für das Jahr 2016 kalkuliert die Landesregierung mit über 50 Milliarden Euro Steuereinnahmen – das sind über 30 Prozent mehr als im Jahr 2010. SPD und Grüne wollen die Steuern trotzdem weiter erhöhen. Nach der Bundestagswahl im September 2013 soll eine Vermögensteuer eingeführt, der Spitzensteuersatz angehoben, das Ehegattensplitting abgeschafft, Unternehmen und Erben stärker besteuert und eine Vielzahl weiterer Steuern eingeführt werden.

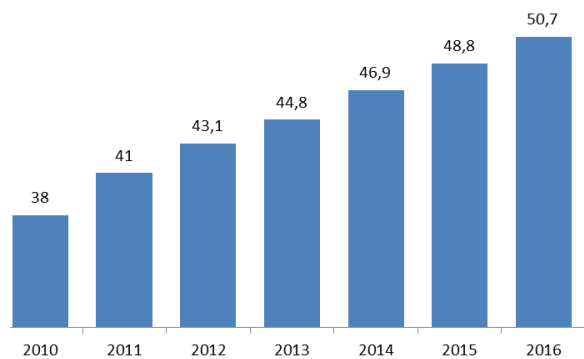
Mit der Blockade der NRW-Landesregierung im Bundesrat gegen die Abmilderung der so genannten kalten Progression haben SPD und Grüne faktisch schon eine erste Steuererhöhung durchgesetzt. Lohnsteigerungen werden bei den Beschäftigten momentan durch Inflation und einen höheren Steuersatz aufgeessen – die Kaufkraft der Bürger sinkt, während der Fiskus von jeder Lohnerhöhung profitiert.

Die FDP-Landtagsfraktion hat die Landesregierung aufgefordert, den Bürgern nicht länger ihren fairen Anteil am Aufschwung zu verweigern. Die FDP lehnt weitere Steuererhöhungen mit Nachdruck ab. Ob Vermögensteuer, kalte Progression, Erbschaftsteuer oder Spitzensteuersatz: Belastet werden auch Arbeitnehmer mit mittlerem Einkommen und vor allem mittelständische Betriebe. Die grünen Steuerpläne summieren sich auf Mehrbelastungen von über 35 Mrd. Euro.

SPD und Grüne planen eine große Umverteilung vom privaten in das staatliche Portemonnaie, um nach eigenem Gutdünken neue Wohltaten zu finanzieren. Steuererhöhungen seien notwendig, um die Staatsverschuldung zu reduzieren und Investitionen in Infrastruktur und Bildung möglich zu machen. Die rot-grüne Bilanz der vergangenen drei Jahre in NRW zeigt aber ein anderes Bild: Die Steuererhöhungen der vergangenen Jahre wurden nicht genutzt, um den Schuldenberg abzutragen. Stattdessen wurden kostspielige Wahlversprechen erfüllt: 2.000 zusätzliche Personalstellen in der Landesverwaltung, die Abschaffung der Studienbeiträge, die Abschaffung der Beiträge im dritten Kita-Jahr. Unabhängig von der Höhe der Steuereinnahmen: SPD und Grüne setzen falsche Prioritäten. NRW bleibt Schuldenland Nummer eins in Deutschland.

So viel Geld wie nie

Steuereinnahmen des Landes NRW in Mrd. Euro



Quelle: Finanzministerium NRW, Mittelfristige Finanzplanung (Lt-Ds. 16/1401)
Daten 2010-2011: Rechnungsergebnisse; ab 2012: Plandaten

■ Das strukturelle Defizit des Landeshaushaltes steigt im Jahr 2013 erneut an (3,4 Milliarden Euro). Der Schuldenberg wächst weiter. Ein Konsolidierungs-Konzept der Regierung liegt nicht vor. Dreimal in Folge rügte das Landesverfassungsgericht die verfassungswidrige Haushaltspolitik.

■ Finanzielle Mittel gegen Unterrichtsausfall werden von SPD und Grünen gekürzt. Die bisherigen 50 Millionen Euro für den Einsatz von Vertretungslehrern sollen um die Hälfte reduziert werden – SPD und Grüne verantworten damit wieder steigenden Unterrichtsausfall an unseren Schulen.

■ Die Landesregierung kürzt bei der Infrastruktur. Für den Um- und Ausbau von Landesstraßen und für Baumaßnahmen des Landesstraßenausbauplans stehen in den kommenden Jahren jährlich 17 Millionen Euro weniger zur Verfügung.

Das Versprechen von SPD und Grünen, mit höheren Steuern Bildung und Infrastruktur zu verbessern, ist unglaublich. Die Landesregierung kürzt bei Bildung und Infrastruktur – trotz höchster Steuereinnahmen.

- [Sparen für neue Chancen - das FDP-Konzept für solide Finanzen](#)
- [Steuerliche Mehrbelastung durch kalte Progression verhindern](#)
- [Rot-Grüne Steuererhöhungsorgie unterlassen – FDP-Antrag](#)

Wachstumskiller Steuererhöhungen

„Es ist nicht klar, ob man am Ende mehr zu verteilen hat, denn Steuererhöhungen können das Wachstum senken und zu Ausweichreaktionen führen.“ **Clemens Fuest, Präsident des Wirtschaftsforschungsinstituts ZEW** ■ [Interview Stuttgarter Nachrichten vom 25. April 2013](#)

„Alle Versuche, höhere Einkommen-, Vermögen- oder Erbschaftsteuern als Maßnahmen für eine angeblich größere Gerechtigkeit im Land durchzusetzen, gefährden in letzter Konsequenz unsere erfolgreiche Wirtschaftsstruktur.“ **Eric Schweitzer, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK)** ■ [DIHK-Präsident warnt vor Steuererhöhungen – Handelsblatt vom 20. März 2013](#)

„Die Deutschen zahlen so hohe Steuersummen an den Fiskus, wie nie zuvor. Jetzt hat das DIW errechnet, dass der Bund bis 2017 auch ohne höhere Steuern enorme Überschüsse erzielen wird - aufgrund des robusten Arbeitsmarkts.“

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung ■ [Manager Magazin, 16. April 2013](#)

Belastungsbremse im Grundgesetz verankern

Der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Christian Lindner, hat in einem FAZ-Interview eine Grundgesetzänderung ins Gespräch gebracht:

„Die rot-grünen Pläne laufen darauf hinaus, dass der Fiskus in der Spitze mehr als die Hälfte des Einkommens beansprucht. Das widerspricht meiner Vorstellung von Leistungsgerechtigkeit. Deshalb brauchen wir neben der Schuldenbremse eigentlich auch eine Belastungsbremse als Leitplanke im Grundgesetz.“

■ [Interview in der FAZ vom 16.12.2012](#)